



Arbeitsgemeinschaft
Swissaid
Fastenopfer
Brot für alle
Helvetas
Caritas

GREENPEACE

Medienkonferenz vom 13. August 2002

Weltkonferenz für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg

Mediendossier

| | |
|--|----|
| Medienmitteilung: Schluss mit den Unverbindlichkeiten | 2 |
| Madeleine Bolliger , Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke Wirtschaftliche Globalisierung statt nachhaltige Entwicklung | 4 |
| Heini Glauser , Greenpeace Schweiz Energie: eine Schlüsselfrage am Erdgipfel | 6 |
| Alexandra Capeder , Greenpeace Schweiz Wie sich der Verursacher vor der Verantwortung drückt: Das Beispiel Bhopal | 8 |
| Rosmarie Bär , Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke Internationale Verpflichtungen sind nationale Hausaufgaben- auch für die Schweiz | 13 |

Medienmitteilung

Schluss mit den Unverbindlichkeiten!

Die Umweltorganisation Greenpeace und die entwicklungspolitische Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke haben gemeinsam den Bundesrat aufgefordert, sich am Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg für klare und verbindliche Beschlüsse einzusetzen. Es müsse alles daran gesetzt werden, dass „Johannesburg“ nicht hinter „Rio“ zurückfalle. Nötig sei ein griffiger Aktionsplan mit klaren und verbindlichen Zielen, Aufträgen und Terminen. Der Plan müsse insbesondere ein globales Förderprogramm für erneuerbare Energien und ein internationales Umwelthaftungsrecht enthalten. Die Liberalisierungen im Welthandel seien heute ein Haupthindernis für einen Kurswechsel; die Handelsregeln müssten deshalb den Sozial- und Umweltabkommen untergeordnet werden.

Dem Bundesrat warfen die beiden Organisationen vor, er habe seine Hausaufgaben von Rio nicht gelöst. Die innenpolitische Passivität stehe in eklatantem Widerspruch zum durchaus fortschrittlichen Auftritt der Schweiz auf der internationalen Bühne.

Der Erdgipfel von Rio habe gute Grundlagen geschaffen, um einen Kurswechsel in Richtung nachhaltige Entwicklung einzuleiten, erklärte Madeleine Bolliger von der Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas/Caritas vor den Medien. Doch seien diese Beschlüsse kaum umgesetzt worden. Im Jahrzehnt seit Rio sei vielmehr eine Politik der permanenten Liberalisierung und wirtschaftlichen Globalisierung voran getrieben worden. Diese habe die Armut und die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen verschärft und der ganzen Welt ein Entwicklungsmuster aufgezwungen, das „Rio“ als „nicht nachhaltig“ bezeichnet hatte. Im Hinblick auf Johannesburg kritisierte Bolliger die Absicht vieler Staaten, statt auf verbindliche Aufträge an die Regierungen auf freiwillige Partnerschaftsinitiativen zu setzen.

Heini Glauser, Stiftungsratspräsident von Greenpeace Schweiz, verwies auf das Problem Energie als Schlüsselement einer nachhaltigen Entwicklung. Im krassen Gegensatz zu den hehren Zielen sei die Zeit seit Rio von einem noch nie da gewesenen Ressourcenverbrauch gekennzeichnet. In den zehn Jahren 1992-2001 sei ein Viertel des gesamten CO² emittiert worden, das durch Energienutzung in den letzten 200 Jahren erzeugt wurde. In Johannesburg seien nicht weitere schöne Worte gefragt, sondern konkrete Vereinbarungen: zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls und für ein Aktionsprogramm "Erneuerbare Energien". Die 2 Milliarden Menschen, die heute keinen Zugang zu Elektrizität haben, sollen damit ihre Energie-Grundbedürfnisse, wie z.B. Licht und Wasserpumpen, decken können.

Greenpeace-Vertreterin Alexandra Capeder rief die Schweizer Delegation auf, sich in Johannesburg hartnäckig für ein globales Haftungsrecht bei Umweltschäden einzusetzen. In Rio hätte sich die Staatschefs für das konsequente Verursacherprinzip ausgesprochen; passiert sei wenig. Capeder verwies auf eine Greenpeace-Studie, die belegt, dass Konzerne selbst bei schwersten Umweltverbrechen zu oft straffrei davon kommen. Als Beispiel nannte sie die Bhopal-Katastrophe: Die verantwortliche Dow Chemical weigert sich bis heute, auf die Klagen der Opfer einzugehen.

Kritik am Bundesrat

Nicht nur im Ausland, auch in der Schweiz sei die Umsetzung der Rio-Beschlüsse ungenügend, kritisierte Rosmarie Bär von der Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke. Sie warf dem Bundesrat vor, er habe die in Rio gefassten Hausaufgaben nicht erfüllt: „Die Schweiz ist weit von einer nachhaltigen Entwicklung entfernt.“ Zwischen dem fortschrittlichen Auftreten der Schweiz auf dem internationalen Parkett und ihren innenpolitischen Taten klaffe ein grosser Widerspruch. So nehme sie etwa beim Uno-Jahr der Berge international eine Führungsrolle ein, habe es aber bisher versäumt, die Protokolle der Alpenkonvention zu ratifizieren. Bär forderte den Bundesrat auf, das Dossier „nachhaltige Entwicklung“ endlich zur Chefsache zu erklären und eine dafür verantwortliche verwaltungsunabhängige Delegierte bzw. einen Delegierten zu ernennen. Rosmarie Bär ist als Hilfswerksvertreterin Mitglied der offiziellen Schweizer Delegation in Johannesburg.

Weitere Informationen:

Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas/Caritas:
Rosmarie Bär, rbaer@swisscoalition.ch

Greenpeace Schweiz
Wangpo Tethong, wangpo.tethong@ch.greenpeace.org

Von Rio nach Johannesburg: Wirtschaftliche Globalisierung statt nachhaltige Entwicklung

Madeleine Bolliger

Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas/Caritas

Der Erdgipfel von Rio 1992 hat die grundlegenden Prinzipien für die nachhaltige Entwicklung festgelegt. Mit der Agenda 21 gab sich die internationale Gemeinschaft ein gescheitertes, ausgewogenes und machbares Aktionsprogramm. Heute, 10 Jahre später, müssen wir feststellen, dass dieses Programm tot in Buchstaben blieb. Der weltweite Kurswechsel fand nicht statt. Im Gegenteil: Seit Rio hat die ganze Welt und haben insbesondere die Industriestaaten ein Entwicklungsmodell verfolgt, das allen Prinzipien der Nachhaltigkeit entgegenläuft. Gleichzeitig haben sich alle ökologischen Indikatoren dramatisch und beschleunigt verschlechtert.

Liberalisierungen um jeden Preis

Keine der Hauptresolutionen von Rio ist konkretisiert worden. Die erneuerbaren Energien, geschlossene Materialkreisläufe und « Entmaterialisierung » der Wirtschaft, welche als Voraussetzung dafür gelten, dass eine globale Industrialisierung nicht im ökologischen Kollaps endet, sind kaum vorangekommen. Die Entwicklung angepasster Technologien wurde nicht energisch gefördert, und es kam kein starker politischer Wille zustande, für den Verbrauch natürlicher Ressourcen dort Preise zu setzen, wo der Markt versagt. Unternehmen, die in der Vergangenheit aus eigenem Entscheid ihre Energie- und Stoffflüsse optimierten, können bei den gegebenen Preisen nicht mehr viel weiter gehen, ohne ihre Wettbewerbsfähigkeit zu gefährden. Viele andere Unternehmen sind nicht bereit, freiwillig nachzuziehen, solange die Politik verbindliche Beschlüsse scheut.

Nicht besser steht es um die wirtschaftliche Entwicklung der Länder des Südens. Die forcierte Liberalisierung des Kapitalverkehrs hat die Finanzmärkte destabilisiert, die Häufigkeit der Finanzkrisen erhöht und die Steuerflucht von global tätigen Unternehmen und Individuen beschleunigt. Die ökonomischen und sozialen Folgen der Wirtschaftskrisen haben die betroffenen Entwicklungsländer um Jahre zurückgeworfen. Parallel dazu erzwang die WTO eine weitgehende Öffnung der Märkte der Entwicklungsländer. Dieselben Verträge erlaubten es den Industrieländern, wichtige Märkte abzuschotten.

In den ärmeren Ländern brachte dieses ungleiche Freihandelsregime De-Industrialisierung und die Verdrängung der bäuerlichen Kleinproduzenten mit sich. In den reicheren Entwicklungsländern wuchsen die Importe auf Kosten der Exporte mit den daraus folgenden Zahlungsbilanzproblemen. Passivität in der Umweltpolitik und aggressive Interessenwahrung der Wirtschaftseliten der reichen Länder haben selbstredend nicht dazu beigetragen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die weltweite Solidarität zu stärken.

Die Erwartungen an Johannesburg

Kurz, das Jahrzehnt zwischen Rio und Johannesburg hat sich anders entwickelt, als es uns die Staatschefs 1992 verheissen hatten. Es war nicht durch die Rio-Beschlüsse geprägt, sondern durch eine Politik der weltweiten Globalisierung. Es gab nie eine UNO-Konferenz, die diese Politik abgesegnet hätte, obwohl sie alle Länder dieser Welt betrifft und vielen schadet.

Welches sind, angesichts dieser besorgniserregenden Situation, die Erwartungen und Forderungen der NGOs an den Gipfel von Johannesburg ?

- **Johannesburg muss einen Aktionsplan mit verbindlichen Aufträgen, messbaren Zielen und präzisen Terminen verabschieden.**

Daran wird sich messen, ob die Weltkonferenz zum Erfolg oder Misserfolg wird. Leider sieht es nicht so aus, als ob der politische Wille für einen solchen Aktionsplan vorhanden ist. Die USA und andere Länder setzen vor allem auf freiwillige, nicht verbindliche Partnerschaftsinitiativen (*Type 2 outcomes*). Partizipatives Vorgehen mag in bestimmten Bereichen sinnvoll sein. Partnerschaften können aber keinesfalls verbindliche Aufträge an Regierungen ersetzen. Dieser Meinung ist übrigens auch die Schweizer Delegation. Sie betrachtet (nach intensivem NGO-Lobbying) Partnerschaftsinitiativen ebenfalls als ergänzende Instrumente.

- **Internationale Umwelt- und Sozialabkommen müssen Vorrang erhalten vor dem Handelsrecht.**

Die permanenten Liberalisierungen insbesondere im Welthandel sind mit nachhaltiger Entwicklung nicht kompatibel. Deshalb fordern NGOs in aller Welt von ihren Regierungen ein klares Bekenntnis zum Primat von Umwelt- und Sozialabkommen gegenüber den WTO-Regeln.

- **Die Konventionen und dazugehörigen Protokolle von Rio müssen unverzüglich umgesetzt werden.**

Insbesondere die Verhandlungen über Massnahmen gegen die Klimaveränderung haben gezeigt, dass bei der Umsetzung der Rio-Beschlüsse viel Raum offen bleibt für Verwässerungen und politische Blockierungen. Während bei der Ausgestaltung des Welthandels eine kräftige Organisation (WTO) gebildet und mit verbindlichen Spielregeln und scharfen Sanktionsmöglichkeiten ausgestattet wurde, kommt die Umsetzung der multilateralen Beschlüsse im Sozial- und Umweltbereich nicht oder nur mühsam voran (siehe Kyoto-Protokoll). Nur wenn die Rio-Konventionen rasch und kontrolliert umgesetzt werden, wird der Kurswechsel zu einer nachhaltigen Entwicklung gelingen. Daran misst sich heute die Glaubwürdigkeit der Staats- und Regierungschefs.

Die Welt braucht ein erfolgreiches Johannesburg. Leider ist die Gefahr real, dass Johannesburg hinter die Beschlüsse von Rio zurückfallen wird. Dabei steht nichts geringeres als die Zukunft der Menschheit und unseres Planeten auf dem Spiel

Weitere Informationen: Madeleine Bolliger, mbolliger@swisscoalition.ch

Energie: eine Schlüsselfrage am Erdgipfel

Heini Glauser, Präsident Stiftungsrat Greenpeace Schweiz

2 Milliarden Menschen im Süden brauchen Zugang zu erneuerbarer Energie. Wir im Norden brauchen die Energiewende hin zu einem nachhaltigem Ressourceneinsatz. Dies war eigentlich schon in Rio Konsens. 10 Jahre später sieht die Bilanz jedoch düster aus: In den Jahren 1992-2001 wurde ein Viertel des gesamten CO₂ emittiert, das bisher (in den letzten 200 Jahren) durch Energienutzung erzeugt wurde. Der Energieverbrauch wächst unaufhörlich, insbesondere in denjenigen Ländern, die schon heute viel Energie verbrauchen. Trotzdem ist die Zahl derer, die noch keinen Zugang zu Strom haben, weiter gewachsen.

In Johannesburg sind konkrete Vereinbarungen notwendig:

→ ein Aktionsprogramm "Erneuerbare Energien" für die 2 Milliarden Menschen, die heute keinen Zugang zu Elektrizität haben; sie sollen ihre Energie-Grundbedürfnisse, wie z.B. Licht und Wasserpumpen, mit erneuerbaren Energiequellen decken können

→ eine konsequente Förderung der Erneuerbaren Energien, mit dem globalen Ziel: 20% Erneuerbare Energien im Jahr 2012

→ klare Umsetzungsschritte für das Kyoto-Protokoll.

Problem erkannt!

Die Bedeutung der Energie für eine nachhaltige Entwicklung und für die Umwelt wurde in Rio erkannt! So wurde in Rio die Basis für das Kyoto-Protokoll geschaffen. Dies zeigen gleich mehrere Grundsätze in der Rio-Erklärung:

Umweltbedürfnissen gegenwärtiger und zukünftiger Generationen sollte gleichermassen Rechnung getragen werden (Grundsatz 3);

Umweltschutz als fester Bestandteil des Entwicklungsprozesses (Grundsatz 4);

Die Unversehrtheit des Ökosystems Erde ist zu erhalten (Grundsatz 7);

Die Staaten verabschieden wirksame Umweltgesetze (Grundsatz 11);

Zum Schutz der Umwelt wenden die Staaten das Vorsorgeprinzip an (Grundsatz 15);

Internalisierung der Umweltkosten (Grundsatz 16).

Trotzdem weiter wie bisher

10 Jahre danach ist zwar vieles in Worten konkretisiert. Die Taten sprechen jedoch eine andere Sprache. Ein noch nie da gewesener Ressourcenverbrauch prägte die letzten 10 Jahre. Seit Rio (1992-2001) wurde ein Viertel des gesamten CO₂ emittiert, das bisher (in den letzten 200 Jahren) durch Energienutzung erzeugt wurde.

Die 3 Staaten, die das Kyoto-Protokoll boykottieren, USA, Kanada und Australien (mit 5,5% der Weltbevölkerung) verbrauchen in dieser Zeit allein 29% der weltweit umgesetzten Energie. Mehr als 50% der Energie wurde durch die Staaten der JUSCANZ-Gruppe verbraucht, mit denen die Schweiz in Johannesburg zusammenarbeitet (Japan, USA, Kanada, Australien, Neuseeland, Norwegen, Russland, Mexiko, Türkei, Südkorea, Schweiz) und die nur 16% der Weltbevölkerung vertreten.

Auch in der Schweiz waren die Jahre 1992-2001 geprägt von einem enormen Energieverbrauch:

- 21% des Heizöls, das seit 1910 verbraucht wurde;
- 28% der Elektrizität, die seit 1910 verbraucht wurde;
- 33% (ein Drittel!) allen Treibstoffes, der bis jetzt verbraucht wurde;
- 46% des Erdgas, das bis jetzt verbraucht wurde.

Die Entwicklung läuft gegen die internationalen Vereinbarungen und gegen die bundesrätlichen Programme Energie 2000 und Energie Schweiz (s. Abb. 1).

Die Ungerechtigkeit nimmt zu

Zwar befürchten viele Leute im Norden, dass das Klimaproblem durch die Südländer und das Bevölkerungswachstum ausser Kontrolle gerät. Bisher verursachen vor allem wir, die Industrieländer im Norden, das Klimaproblem und sind noch weit weg von jeglicher Trendwende (s. Abb. 2). 2 Milliarden Menschen im Süden haben, trotz enormen Energieverbrauchssteigerungen, bis heute keinen Zugang zu Elektrizität.

Greenpeace fordert ein Aktionsprogramm „Erneuerbare Energien“

Weltweit müssen zum Ersatz der fossilen und nuklearen Energien die erneuerbaren Energiequellen gefördert werden: v.a. Solarenergie, Windenergie und Energie aus Biomasse. Es stehen heute genügend Technologien zur Verfügung, und viele davon sind im Vergleich zu fossilen und nuklearen Kraftwerken konkurrenzfähig, dass der globale Anteil bis 2012 auf 20% gesteigert werden kann. Für die Schweiz bedeutet dies ca. 5% Anteil von neuen erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch, etwa die Verdoppelung des „Energie Schweiz“-Zieles.

Parallel dazu soll bis zum Jahr 2012 einer Milliarde Menschen im Süden mit einfachen dezentralen Solar-, Wind- und Biomasse-Anlagen ein Minimum an Strom bereitgestellt werden. Dass dies technisch und organisatorisch möglich ist, zeigt Greenpeace laufend in Ländern des Südens: aktuell in Thailand und den Philippinen.

Weitere Informationen:

Heini Glauser, easi@agripop.ch

Wie sich der Verursacher vor der Verantwortung drückt: Das Beispiel Bhopal

Alexandra Capeder, Greenpeace Schweiz

In der Rio-Deklaration von 1992 war man sich einig: Für die Kosten, die durch Umweltverschmutzung entstehen, muss der Verursacher aufkommen. Im Grundsatz 13 z.B. steht, es müssen Gesetze entwickelt werden, welche die Haftung und Entschädigung von Opfern von Umweltverschmutzung und anderen Umweltschäden regeln. An sich logisch und gerecht. Aber weit weg von dem, was heute Realität ist. Das zeigt sich an Bhopal, einer Tragödie, die 1984 ihren Anfang nahm und bis heute nicht zu Ende ist. Bei der Geschichte von Bhopal geht es beispielhaft um Unternehmen, die den Double Standard praktizieren, d.h. fernab des Herkunftslandes tiefere Umwelt- und Sozialstandards missbrauchen und umweltschädigend produzieren. Es geht um Firmen, die immense Schäden an Mensch und Umwelt verursachen und sich dann vor ihrer Verantwortung drücken. Weil eine internationale Regelung von Rechten und Pflichten fehlt, kommen diese Unternehmen oft straffrei davon und die Schäden werden, wenn überhaupt, mit Mitteln des Opferlandes behoben.

Was geschah in Bhopal?

In der Nacht vom 2. auf den 3. Dezember 1984 entwichen rund 40 Tonnen Methylisocyanat aus der Pestizidfabrik des US-Konzerns Union Carbide in Bhopal im Zentrum Indiens. In den ersten drei Tagen nach dem Austreten der Giftgaswolke starben 8000 Menschen. Das Chemikaliengemisch verbrannte Augen- und Lungengewebe und zerstörte dann via Blutkreislauf sämtliche Organe des Körpers.

An der Folge der Chemiekatastrophe sind seither über 20'000 Menschen gestorben. Da Union Carbide keine Angaben über die genaue Zusammensetzung der entwichenen Gase gemacht hat, starben viele weil sie nicht richtig behandelt werden konnten. Heute noch zirkuliert bei mehr als einer halben Million Menschen das Gift im Blutkreislauf, über 150'000 Menschen leiden chronisch unter gravierenden Gesundheitsproblemen und nach wie vor werden Kinder mit Deformationen geboren.

Union Carbide hat Bhopal längst verlassen. Zurück liessen sie ein hochgradig kontaminiertes Fabrikgelände. Die Abertonnen von gefährlichen Giften verseuchen das Grundwasser von Bhopal und den umliegenden Gemeinden. Obwohl im Wasser hochkonzentrierte krebserregende Chemikalien und Schwermetalle wie Quecksilber gefunden wurden, haben die Menschen vor Ort keine andere Wahl, als dieses Wasser zu trinken, ihre Tiere damit zu tränken und ihre Felder damit zu bewässern.

Wie konnte es zur Katastrophe kommen?

Verantwortlich für die Katastrophe war kriminelle Fahrlässigkeit im Fabrikbetrieb:

- Aus Sicherheitsgründen müsste das gefährliche Methylisocyanat (MIC) bei tiefen Temperaturen gelagert werden. Um Kosten zu sparen, hat Union Carbide die erforderlichen Massnahmen zur Kühlung reduziert.
- In Europa war die Lagerung von MIC aus Sicherheitsgründen auf eine Menge von 0.5t begrenzt. Auf dem Fabrikgelände wurden zum Zeitpunkt der Explosion 67t davon gelagert.
- Gespart hat Union Carbide auch beim Wartungspersonal und bei der Ausbildung. Sicherheitstrainings wurden von 24 auf 2 Wochen gekürzt.
- Der Konzern hatte nie für Unfälle Krisenszenarien und Notfallpläne ausgearbeitet. Weder für innerhalb des Fabrikgeländes noch unter Einbezug der Gemeinden in der Umgebung der Fabrik.

Wie der Verursacher sich vor der Verantwortung drückt

Anfänglich hat Union Carbide versucht, das wahre Ausmass des Schadens zu verschleiern. Sie behaupteten, dass es sich beim ausgetretenen Gas um Tränengas handelte, um den Haftungsumfang in Grenzen zu halten. Weil der Konzern auf die industriefreundliche Haltung der indischen Regierung zählen konnte, verlief denn auch das rechtliche Verfahren schleppend und wenig effektiv. Fünf Jahre nach der Katastrophe einigte sich die indische Regierung und Union Carbide aussergerichtlich auf eine Schadenersatzsumme von mickrigen 470 Millionen USD. Für Verletzungen, an denen die Menschen ein Leben lang werden leiden müssen, wurden sie mit 350 USD pro Person entschädigt. Wäre der Unfall in den USA passiert, hätte die Firma Konkurs anmelden müssen.

2001 schluckte Dow Chemical den Konzern Union Carbide und wurde damit zum grössten Chemiemulti der Welt. Dow erklärte, sie würden alle Vermögenswerte von Union Carbide übernehmen, nicht aber die Haftung bei Forderungen von Bhopal-Überlebenden.

So stellen wir uns Globalisierung nicht vor! Es kann nicht angehen, dass mit der Übernahme eines Konzerns nur die Aktiven, nicht aber auch die Verantwortung weiter gereicht wird. Nach eigenen Angaben verfügen die beiden Unternehmen Dow Chemical und Union Carbide über ein gemeinsames Vermögen von mehr als 30 Milliarden USD. Trotzdem weigert sich Dow bis heute für die Folgen der Katastrophe in Bhopal zu haften.

Das Praktizieren des Double Standards

Bhopal steht für die Verantwortungslosigkeit von Unternehmen und Regierungsstellen. Immer mehr Unternehmen praktizieren den Double Standard: Wo zuhause strikte Regeln zum Schutz der Arbeitnehmenden, der Bevölkerung und der Umwelt gelten, lagern transnationale Konzerne vermehrt ihre Produktion in Entwicklungs- und Schwellenländer aus und missbrauchen den tieferen Umwelt- und Sozialstandard in diesen ärmeren Ländern, um Kosten zu sparen und maximale Profite zu erzielen.

Eine Greenpeace-Studie untersuchte 41 Unfälle und Umweltstraftaten von besonders gefährlichen Industrien wie Chemie, Gentechnik, Oel, Atomkraft usw., welche schwere Schäden für Mensch und Umwelt zur Folge hatten. Die Studie belegt, dass Konzerne

selbst bei schwersten Umweltverbrechen noch immer straffrei davon kommen. Damit dem endlich ein Ende gesetzt werden kann, muss ein international verbindliches Haftungsrecht entwickelt werden,

- damit global operierende Konzerne für die von ihnen verursachten Umweltschäden jenseits der Landesgrenze des Hauptsitzes belangt werden können
- damit Opfer zur Justiz im Herkunftsland des Verursachers Zugang haben
- damit eine Vereinheitlichung der Rechtslage erreicht wird, d.h. Verbrechen im Ausland auch zuhause strafbar sind.

Auch in der Schweiz steht es bezüglich Haftungsfragen schlecht. Um ein Beispiel zu nennen: Bei den Atomkraftwerken gibt es eine Haftungsbegrenzung, d.h. der Staat muss ab einer bestimmten Obergrenze die Last für Risiken tragen, die von Privaten geschaffen werden. Konkret: Bei einem GAU weigern sich die Versicherungen der Atomindustrie Kosten, die eine Milliarde Franken übersteigen, zu übernehmen. Ein GAU in einem Schweizer Atomkraftwerk hätte aber volkswirtschaftliche Kosten über 4200 Milliarden Franken zur Folge.

Was ist aus Rio geworden?

Wie eingangs erwähnt, postuliert der Grundsatz 13 der Rio-Deklaration die Haftung und Entschädigung von Opfern von Umweltverschmutzung und anderen Umweltschäden. Würde dieser Paragraph auch tatsächlich angewendet,

- hätte Dow Chemical das verseuchte Fabrikgelände schon vor Jahren vollständig sanieren müssen
- hätte Dow Chemical für langfristige medizinische Versorgung und eine angemessene Entschädigung für die Überlebenden aufkommen müssen
- hätte Dow Chemical dafür sorgen müssen, dass die Bevölkerung von Bhopal längst wieder über sauberes Grundwasser verfügt.

In Realität ist nichts davon umgesetzt worden.

Was erwartet Greenpeace von der Schweizer Delegation in Johannesburg?

Am Erdgipfel in Johannesburg darf die Chance nicht ungenutzt bleiben, diese Missstände zu korrigieren. Schöne Worte haben wir bereits gehört, was wir brauchen sind verbindliche Massnahmen. Von der Schweizer Delegation in Johannesburg erwartet Greenpeace, dass Sie sich hartnäckig dafür einsetzt, dass endlich internationale Instrumente zur Regelung von Rechten und Pflichten geschaffen werden. Wesentlich ist eine internationale Verbindlichkeit, denn mit freiwilligen Selbstverpflichtungen wird sich an der aktuellen Situation nichts ändern. Die Grundsätze der Rio-Deklaration müssen mit einem bindenden Aktionsplan in einem klar definiertem Zeitrahmen umgesetzt werden. Bezüglich Unternehmenshaftung fordert Greenpeace konkret bis zum Jahr 2005 eine globale Rahmenvereinbarung für ein Umwelthaftungsrecht.

Weitere Informationen: alexandra.capeder@ch.greenpeace.org

Internationale Verpflichtungen sind nationale Hausaufgaben- auch für die Schweiz

Rosmarie Bär, Koordinatorin für Entwicklungspolitik
Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas/Caritas
Mitglied der Schweizer Delegation am WSSD in Johannesburg

Es gilt das gesprochene Wort

Internationale Verpflichtungen sind Hausaufgaben. Was in Rio unterzeichnet wurde, muss zu Hause umgesetzt werden. Das gilt auch für die Schweiz. Der Weg von Rio nach Johannesburg führt für die Schweiz über Bern, nicht darum herum.

An der Bilanz der Schweiz gibt es 13 Tage vor der Weltkonferenz „Rio + 10“ nichts zu beschönigen. Wir sind nicht auf Kurs, vielmehr weit von einer nachhaltigen Entwicklung entfernt. Bereits letztes Jahr hielten die AutorInnen der Studie «Politik der nachhaltigen Entwicklung in der Schweiz», die im Auftrag des Bundesrates erstellt worden war, fest, die Schweiz sei auf einem Entwicklungspfad, «der sich ökologisch, gesellschafts- und wirtschaftspolitisch insbesondere nicht auf den Süden übertragen lässt». Kurz: So wie die Schweiz lebt, dürfen die fünf Milliarden Menschen der Entwicklungsländer nicht leben, wenn wir eine globale Umweltkatastrophe vermeiden wollen.

Gegen eine konkrete Politik der nachhaltigen Entwicklung gab und gibt es in der Schweiz zähe politische Widerstände. Dies zu verändern, ist schwierig genug. Noch schwieriger wird es dadurch, dass der Bundesrat die nachhaltige Entwicklung nie zur Chefsache gemacht hat. Er übernahm keine Führungsrolle. Nicht einmal, als der Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung in den Zweckartikel der neuen Bundesverfassung aufgenommen wurde. Zwar entfalteten verschiedene Abteilungen und Ämter der Bundesverwaltung zahlreiche Aktivitäten. Eine in sich kohärente nationale Nachhaltigkeitsstrategie aber, wie sie die Umsetzung der Agenda 21 von Rio bedingt, kennt die Schweiz bis heute nicht. Ganz im Gegensatz dazu schlug der Bundesrat in den 90er Jahren bei anderen Fragen, wie etwa der Anpassung des schweizerischen Rechtes an die EU-Wirtschaftspolitik oder an die WTO, ein forsches Tempo an und konnte viele politische Widerstände durch klare Führung überwinden. Das bestätigt uns in der Feststellung, dass die nachhaltige Entwicklung in der Schweiz bis heute auch an fehlendem politischen Willen gescheitert ist.

Innenpolitisches Zögern steht im Widerspruch zum aktiven Auftreten der Schweiz im Vorlauf auf Johannesburg. Vielfach vertrat die Schweizer Delegation fortschrittliche Positionen, stellte klare Forderungen und verlangte konkrete Massnahmen und Zielsetzungen.

«Die Schweiz», schrieb der Bundesrat 1997 in Hinblick auf Rio+5, „ist auf internationaler Ebene nur glaubwürdig, wenn sie selbst eine Vorbildrolle einnimmt und konkrete Erfahrungen und Lösungen einbringt«. Das gilt heute noch. Nachhaltige Entwicklung braucht Vorreiter und Schrittmacher. Im Umweltbereich hat es immer Vorreiter gegeben.

Die Entwicklung der internationalen Umweltpolitik wäre ohne die Rolle der Pionierländer nicht denkbar gewesen. Die Schweiz gehörte einst dazu, hat seither diese Rolle aber verloren. Wir fordern den Bundesrat deshalb auf, sein internationales Engagement wieder innenpolitisch umzusetzen und seinen guten Absichtserklärungen in Johannesburg hierzulande Taten folgen zu lassen. Dies gilt besonders für die Themenbereiche, welche die Schweiz am Weltgipfel prioritär verfolgt. Konkret heisst das:

1. Die Schweiz soll im Uno-Jahr der Berge endlich die Alpenkonvention ratifizieren

Die Schweiz hat beim „Internationalen Jahr der Berge“ der Uno eine Führungsrolle inne. Das gewichtige Kapitel „Berge“ ist nicht zuletzt dank der Schweiz in den Entwurf des Schlussdokuments von Johannesburg aufgenommen worden. Im Widerspruch dazu hinken wir bei der Ratifizierung der Alpenkonvention hinterher. Die schweizerische Unterschrift unter das Schlussdokument von Johannesburg bedingt jedoch, dass wir endlich die 9 Ausführungsprotokolle der Alpenkonvention ratifizieren. Sie enthalten ein umfassendes Konzept der nachhaltigen Entwicklung der Alpenregion mitten in Europa und könnten für andere Bergregionen der Welt Vorbild sein.

2. Die Schweiz soll sich für eine internationale Wasserkonvention engagieren und nicht auf freiwillige „Partnerschaften“ ausweichen.

Die globale Wasserkrise ist eine der grossen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Wasser braucht heute den Schutz des Völkerrechtes. Das hat der Nationalrat mit der Überweisung eines Postulates unterstrichen, mit dem der Bundesrat aufgefordert wird, sich auf internationaler Ebene für die Ausarbeitung einer Wasserkonvention einzusetzen. So wie das Klima als „gemeinsames Gut der Menschheit“ durch die Klimakonvention geschützt wird, muss in einer Konvention Wasser als öffentliches Gut geschützt werden und „Wasser für alle“ und damit der Zugang zu sauberem Trinkwasser als Menschenrecht festgeschrieben werden. Der Bundesrat muss dem Willen des Parlamentes endlich nachkommen. Koordinationsgremien, Diskussionsplattformen und Partnerschaften, wie sie von der Schweiz bis anhin vertreten wurden, sind keine adäquate Antwort auf die Wasserkrise.

3. Die Schweiz braucht einen Energieschub

Die Energiepolitik der letzten 10 Jahre brachte keine Weichenstellung Richtung Nachhaltigkeit. Zwischen Rio und Johannesburg ist der CO₂-Ausstoss der Schweiz insgesamt um 5,3 Prozent gestiegen! Dies steht in diametralem Gegensatz zu den bundesrätlichen Programmen Energie 2000 und Energie Schweiz, die eine Stabilisierung der CO₂-Emissionen bis 2000 und eine Senkung um 10% bis 2010 proklamieren. Wegen der fehlenden Umsetzung seiner Energiepolitik ist der Bundesrat nicht auf "Kyoto-Kurs". Anstatt auf Goodwill und freiwilliges Handeln der Industrie und der Bevölkerung zu hoffen sind wirkungsorientierte Mittel zur Umsetzung der gesetzten Ziele dringend. Dazu gehören finanzielle Anreize, die CO₂-Abgabe und Verbrauchsvorschriften, wie sie das Energiegesetz seit Jahren ermöglicht. Der Anteil der neuen erneuerbaren Energien soll mit einem Förderprogramm bis ins Jahr 2010 auf 5 Prozent erhöht werden. In der Entwicklungszusammenarbeit ist ein Schwerpunkt "Energie für alle" zu setzen. Damit soll mitgeholfen werden, die 2 Mia Menschen, die ohne Elektrizität leben, mit neuen erneuerbaren Energien zu versorgen.

4. Der Bundesrat soll die Entwicklungshilfe von den Sparrunden ausnehmen.

Die Schweiz verpflichtet sich seit Rio 1992 an Uno-Konferenzen darauf, ihre Entwicklungshilfe sukzessive zu erhöhen, und zwar auf 0,4 Prozent des Bruttosozialprodukts. Sie wird dies auch in Johannesburg wieder tun. Im Frühjahr 2001 hat der Bundesrat das 0,4%-Ziel endlich im Finanzplan verankert und will es bis 2010 erreichen. Seither ist es aber unter die Räder der Ausgabenbremse geraten und wird, wenn sich der Trend der Abstriche fortsetzt, nicht erreicht werden können. Der Bundesrat soll deshalb die Entwicklungshilfe wie etwa die sozialen Aufgaben als gebundene Ausgabe behandeln und von den Sparvorgaben ausnehmen.

5. Die „Strategie der nachhaltigen Entwicklung“ braucht Verbindlichkeit.

Der Bundesrat hat dieses Frühjahr eine „Strategie nachhaltige Entwicklung 2002“ verabschiedet, ohne sie dem Parlament zu unterbreiten und der Öffentlichkeit vorzustellen. Sofern diese Strategie politisches Instrument sein soll, ist dies in sich schon ein merkwürdiger Vorgang. Es kommt hinzu, dass konkrete Zielvorgaben, Umsetzungs- und Zeitpläne sowie Kontrollinstrumente fehlen. Auf internationaler Ebene agiert die Schweiz diesbezüglich viel entschiedener und logischer: In Johannesburg gehört sie zu den wenigen Staaten, welche sich für einen verbindlichen internationalen Aktionsplan stark machen – gegen den Widerstand der USA. Im eigenen Land soll sich der Bundesrat an sich selber und nicht an den USA orientieren und seine Strategie durch verbindliche Umsetzungspläne ergänzen.

6. Der Bundesrat soll eine Delegierte für nachhaltige Entwicklung ernennen und den Rat für nachhaltige Entwicklung wieder einsetzen.

Um in Sachen nachhaltiger Entwicklung Führung übernehmen zu können, soll der Bundesrat den Posten eines/einer von der Verwaltung unabhängigen Delegierten für nachhaltige Entwicklung schaffen, um eine kohärente und kontinuierliche nationale und internationale Politik und deren Umsetzung sicherzustellen. Parallel dazu soll der Bundesrat den Rat für nachhaltige Entwicklung wieder einsetzen, den er aus unverständlichen Gründen abgeschafft hat. Er soll als Think Tank und Beratergremium des Bundesrates dienen und mit der nötigen Infrastruktur sowie den personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet werden, wie es die Agenda 21 verlangt und in anderen Ländern wirkungsvoll funktioniert.

Weitere Informationen: Rosmarie Bär, rbaer@swisscoalition.ch